

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

76 (31.3.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnement: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 J Zustellgebühr; ab-
 geholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.-M; am Postkassier
 1.75 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelnummern 20 A.

Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit:
 1/4-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.
 Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 80 A, auswärts 70 A. Die
 2spaltige 1.20 M. — Bei Wiederholungen Rabatt — Annahme-
 schluß 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Entwaffnungs-Aktion im Ruhrgebiet.

Berlin, 30. März. (Privattelegramm.) Der konzern-
 tliche Vormarsch der Reichswehrtruppen gegen die Terroristen
 im Ruhrgebiet beginnt heute in den ersten Nachmittagsstunden,
 wenn nicht in letzter Minute eine unerwartete Wendung der
 Lage eintritt. Bis 12 Uhr mittags war das Ultimatum der
 Reichsregierung an die bewaffneten Terroristen befristet. Nach
 Informationen von zuständiger Stelle ist nicht mehr damit zu
 rechnen, daß diese Bedingungen innerhalb der vorgesehene
 Frist erfüllt sein würden. Infolgedessen wird sofort nach
 Ablauf der Frist die vorgesehene Aktion der Reichswehr
 beginnen.

Man hofft, daß es ohne Schwierigkeiten, aber auch ohne
 allzuviel ernste Zusammenstöße gelingen wird, die Entwaff-
 nungsaktion im Ruhrgebiet — denn um eine solche soll
 es sich nach dem Willen der Regierung lediglich handeln —
 durchzuführen. Den Truppen ist das schonendste Vorgehen
 bei dieser Entwaffnungsaktion anzuempfehlen. Man glaubt auch,
 daß der überwiegende Teil der Arbeiterchaft, die ja von vorn-
 herein mit den bewaffneten Terroristen nicht gemeinsame Sache
 gemacht hat, durch ihre Haltung die Schwierigkeiten nicht un-
 nötig vermehren wird.

Nahrungsmittel hinter den Truppen.

Berlin, 30. März. (Privattelegramm.) In der National-
 versammlung machte Reichskanzler Müller heute Mitteilung
 (siehe auf Seite 8) von neuen Nachrichten über die Lage im
 Ruhrgebiet. In der Kabinettsitzung, die sich mit dieser Frage
 beschäftigte, hat der Reichswirtschaftsminister mitgeteilt, daß
 bereits Anweisung ergangen ist, daß alle Schärpen vermieden
 werden sollen. Es wird überall mitgeteilt, daß hinter den
 Truppen Nahrungsmitteltransporte anfallen.

Es ist ferner die Behauptung aufgestellt worden, daß die
 von der Regierung gemachten Mitteilungen ungenau seien.
 Zur Befestigung seiner gestrigen Mitteilungen verlas der
 Reichskanzler ein von der sozialdemokratischen Partei Deutsch-
 lands und von der U. S. K. D. gemeinsam herausgegebenes
 Flugblatt aus dem Ruhrrevier, in dem über die
 Brutalität und das rücksichtslose Vorgehen der
 Kommunisten in den schärfsten Worten geurteilt wird.
 Was den Mitteilungen des Kanzlers besondere Bedeutung gab,
 war die in der Nacht eingeangene Nachricht, daß Frankreich
 um seinen Geiern bekannt gegebenen Forderungen Abstand
 genommen hat und sich bereit erklärt hat, einen Spielraum von
 15 bis 20 Wochen zur Verwendung einer starken Truppenmacht in
 der neutralen Zone zu geben.

Man rechnet bestimmt damit, daß selbst im äußersten Falle
 diese Frist ausreichen wird, um dort die Ordnung wiederherzu-
 stellen. Auch die Beunruhigung, die durch die Ausfürungsbe-
 stimmungen des Generals Batten zu den Forderungen der
 Regierung ausgelöst worden ist, wird beigelegt werden durch die
 Erklärungen, die darüber getroffen sind, und der Kanzler glaubt
 allen Anlaß zu der Hoffnung zu haben, daß bereits in wenigen
 Tagen die Spannung im Ruhrgebiet gelöst sein wird.

Berlin, 30. März. Nach der „Vossischen Zeitung“ ist im
 Ruhrgebiet der Generalstreik nur an einzelnen Orten
 ausgebrochen, so in Bochum und Eberfeld. Die zahl-
 reichen durch Eisenfeld ziehenden Truppen der Roten Armee
 bringen eine besondere Note in das Verkehrsleben. Man sieht
 auch Abteilungen, die zur Verhärterung der Front nach Norden
 ziehen und vielfach Straßenzugänge für ihren Transport re-
 quieren und ebenso einzelne Borden, die aufgelöst der Heimat
 zurückkehren. In Gagen ist der bereits proklamierte Generalstreik
 gützlich abgesehen worden. In Düsseldorf haben 205 Mann
 der zurückziehenden roten Garde, die gestern Nacht Rathaus
 und Ständehaus besetzten und den Vollzugsrat betrieben haben,
 nur eine kurze Herrschaft ausüben können. Aus dem Ständehaus
 sind sie nach Verhandlungen abgezogen. Aus dem Ständehaus
 haben heranmarschierende Arbeiter sie nach kurzer Zeit hinaus-
 gemandert. Der Generalstreik ist auch in Düsseldorf pro-
 klamiert worden.

Die Eisenbahnbeamten und die christlich organisierten Ar-
 beiter im Aufstandsgebiet sind gegen den spartakistischen Ter-
 ror in den Generalstreik eingetreten. Die Streikenden wollen
 aber gegebenenfalls Waffentransporte zum Wehrkreis Kom-
 mando nach Münster befördern. Ein Bericht des Wehrkreises
 Münster besagt, daß das Ultimatum der Regierung bei den
 Aufständischen keine Beachtung gefunden habe. In der Nordfront
 sind die Angriffe fortgesetzt und Verstärkungen herangezogen
 worden. Ein Bericht der Roten Armee in Buer stellt fest, daß
 bis Dienstag Morgen noch keine Regierungstruppen südlich der
 Lippe standen, doch stießen starke Reichswehrpatrouillen im
 Laufe des gestrigen Tages nach Dorsten über die Lippe vor.
 Dort sollen rote Truppen die Lippebrücke geprengt haben.
 Reichswehrtruppen, die an anderen Punkten den Lippeübergang
 zu erzwingen suchten, sollen nach spartakistischen Darstellungen
 gescheitert worden sein.

BZ. Düsseldorf, 31. März. Der Düsseldorfer
 Vollzugsrat, der in der vorigen Nacht betriebe worden
 war, ist wieder eingeleitet worden. Die Sicherheitswehr hat
 gestern wieder das Rathaus, das Ständehaus und alle öffent-
 lichen Gebäude besetzt. Die roten Truppen sind abgezogen.

Berlin, 30. März. Wie aus Barmen gemeldet wird,
 haben die drei sozialistischen Parteien das Ultimatum der Re-
 gierung mit der Proklamation des Generalstreiks im
 Apparat beantwortet. Alle öffentlichen Betriebe arbeiten
 noch. Ausschreitungen haben nicht stattgefunden. Die Waffen
 werden auch nicht abgeliefert.

BZ. Berlin, 30. März. Wie der „Abend“ aus züver-
 lässiger Quelle hört, dauerten die Beratungen der
 Reichsregierung mit General von Seeck heute nachmittags
 noch an. Die militärischen Vorbereitungen im Ruhrgebiet
 gehen ihren Gang weiter. Nach Ablauf des Ultimatus um
 12 Uhr mittags wurden die einzelnen Truppenverbände schritt-
 weise vorgeschoben. Es ist den Verbänden die größte Mäßigung
 anbefohlen worden.

BZ. Münster i. W., 30. März. Duisburger Banken be-
 richten, daß das Exekutivkomitee der Kommunisten in Duis-
 burg sämtliche Banken beschlagnahmt habe. In einem Teile
 des Kreises Rüdinhhausen haben rote Truppen geplündert
 und die Landwirte gebrandschlagen. Von einzelnen Hofbesitzern
 wurden 5-9000 M. unter Androhung der Plünderung ihres
 Besitzums erpreßt. Technische Nachrichten kommen aus dem
 Kreise Rüdinhhausen. Eine Eisenbahnstrecke bei Seim
 im Kreise Rüdinhhausen wurde von roten Truppen ge-
 sperrt.

Die Gewerkschaften und die Reichsregierung.

Berlin, 30. März. Heute vormittag tagte im Reichstag eine
 Konferenz der Vertreter der Ufa (Arbeitsgemeinschaft freier An-
 gestellterverbände), der Generalkommission der Gewerkschaften und
 Vertreter der drei sozialistischen Parteien, denen auch Delegierte
 aus Schlesien, Sachsen und Süddeutschland beigeordnet waren. Es
 wurde im Prinzip der Generalstreik neu besprochen, der sofort in
 Kraft treten soll, wenn Truppeneinmarsch oder Gewaltmaßnahmen
 gegen die Arbeiterchaft im Ruhrgebiet vorgenommen werden.
 Falls das Ultimatum zurückgezogen würde, wäre Raum für wei-
 tere Verhandlungen. Man betrachtet die heutige Erklärung des
 Reichskanzlers als eine inhaltliche Zurückziehung des Ultimatus,
 es wird jedoch voraussichtlich auch eine formelle Zurückziehung ver-
 langt werden. Der Hauptstreitpunkt scheint das weitere Verblei-
 ben des Generals Batten in seiner Stellung zu sein.

BZ. Frankfurt a. M., 30. März. Eine gestern abend
 tagende Versammlung der Frankfurter Betriebsräte
 beschloß, sofort in den Generalstreik einzutreten, falls
 Reichswehrtruppen das rheinisch-westfälische Industriegebiet be-
 treten sollten.

Der Standpunkt der Regierung.

BZ. Berlin, 30. März. Im Anschluß an die Beipre-
 chungen, die heute vormittag mit den Vertretern der Gewerkschaften
 und den sozialdemokratischen Parteien in der Reichsregierung
 stattgefunden haben, hat die Reichsregierung auf die dort vorge-
 brachten Wünsche mit nachstehendem Schreiben erwidert:

Berlin, 30. März 1920. Die Reichsregierung sieht nach
 wie vor in dem Viesfelder Abkommen eine geeignete Grundlage
 für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und zur Wieder-
 herstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch überreicht
 sich an das Viesfelder Abkommen gebunden und die Truppen bis-
 her nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren lassen. Dies hat der
 Reichswehrminister in der Nationalversammlung ausdrücklich fest-
 gestellt. Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl inzwischen fe-
 stes Lage verlassen sind, nicht das Geringste geteilt, um die aus-
 dem Viesfelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu er-
 füllen. Im Gegenteil. Beiell ist unangenehm angegriffen worden,
 Plünderungen haben in zahlreichen Orten stattgefunden. Erpreß-
 erische Angriffe in Bankbetriebe und in die Betriebe der Reichs-
 bank haben sich ereignet. Lebensmittel sind gewaltsam weggenom-
 men worden. Gittere aus Stadt und Land treffen ununter-
 brochen bei der Reichsregierung ein. Pflicht der Regierung ist es,
 wie von jedem Einseitigen anerkannt werden muß, dieser Not ein
 Ende zu machen und wieder für alle Bewohner im Ruhrgebiet ge-
 ordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des
 Viesfelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluß die Abberu-
 gung des Generals Batten nicht nur nicht verlangt, sondern aus-
 drücklich gemeinsam abgesehen wurde. Im übrigen wird die Durch-
 führung der notwendigen Maßnahmen bereits vom Reichs-
 kanzler in der heutigen Nationalversammlung mitgeteilt worden,
 unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der
 Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit
 haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so daß
 etwa notwendig werdende Maßnahmen in Billigkeit nur die
 Ausführe und Verbrecher treffen werden.

Die Reichsregierung: ge. Müller.
 (Weitere Nachrichten vom Ruhrgebiet unter letzte Nachrichten.)

Die Lage in Mannheim.

Mannheim, 30. März. Der heutige Dienstag ist hier ruhig
 verlaufen. Die Verhandlung über die Wiedereröffnung
 der stillgelegten Betriebe der Metallindustrie werden fortge-
 setzt. Es besteht Hoffnung, daß es zu einer Einigung
 kommt. (Auch in Karlsruhe ist der Tag ruhig verlaufen.)

Staatsrat Köhler provisorischer Finanzminister.

Karlsruhe, 30. März. Heute wird nun auch amtlich
 mitgeteilt, daß durch Entschädigung des Staatsministeriums
 Staatsrat Köhler mit der Wahrnehmung der Geschäfte des
 Finanzministers bis zur verfassungsmäßigen Wahl durch
 den Landtag betraut worden ist.

Bewirtschaftung des Druckpapiers.

Berlin, 30. März. Durch Bekanntmachung des Reichswirt-
 schaftsministeriums vom 27. März wird die Fortsetzung der
 Bewirtschaftung des für die Tagespresse und die Buch-
 und Zeitdruckerindustrie bestimmten Druckpapiers ange-
 ordnet. Die Bestimmungen halten sich im wesentlichen im Rah-
 men der bisherigen Regelung, jedoch tritt bei einigen Zeilun-
 gen, deren Auflage gegen früher zurückgegangen ist, eine stärkere
 Kürzung des Bezugsrechtes als bisher ein. Das auf diese Weise
 ersparte Papier soll besonders bedürftigen Zeitungen zugeführt
 werden. Die Fortsetzung der Kontingentierung entspricht dem
 Wunsch der Verlegerchaft, insbesondere hat sich auch der Buch-
 und Zeitdruckerbetrieb in seiner Mehrheit dafür ausgesprochen.

Die Forderungen der Stunde.

Die neuen Regierungen sind endlich gebildet und müssen
 nun sofort ans Schaffen gehen. Viel kostbare Zeit ist schon
 verloren worden. Was fordert die Sozialdemokratie als
 erste notwendige Leistung?

Zur Wiedergewinnung der politischen Verhältnisse ist vor
 allem eine unbarmherzige Bestrafung der Putschisten not-
 wendig. Die Reaktionsäre sind schon wieder recht über-
 mütig, sie glauben vielsch, daß sie Dank der Langmut und
 Milde des deutschen Volkes wieder so gut davon kommen
 werden, wie nach dem November 1918. Aber damals han-
 delte es sich, mochten auch während des Krieges ungeheuer-
 liche Verbrechen an deutschen Volke begangen worden sein,
 immerhin um Männer, die im Rahmen der damals be-
 stehenden Gesetze nach ihrer Einsicht gehandelt hatten. Jetzt
 aber ist Eddbruch und Kochverrat verübt worden
 und dafür kann und darf es keine Milde geben. Alle Schül-
 digen am Rapp-Lüttwitz-Putsch müssen erbarmungs-
 los aus den Kertern entfernt und ohne
 Pension entlassen werden; die Hauptschuldigen,
 die Verführer, gehören dem Reichsanwalt. Bisher haben
 die Verfassungskämpfer trotz ihres Sieges den
 Hauptteil der Leiden und Opfer zu tragen gehabt. Jetzt
 aber hat die Stunde der Abrechnung geschlagen und sie muß
 gründlich erfolgen, sollten nicht die Herren Reaktionsäre die
 Lust zur Wiederholung ihres Streiches behalten. Die Ver-
 folgung muß rücksichtslos ohne Ansehen der Person durch-
 geführt werden.

Einer der Hochverräter ist z. B. der deutschnationale
 Landtagsabg. v. Kessel, der neben seinem verbrecherischen
 Taten noch die Unverschämtheit benagen hat, Spott-
 telegramme an die Reichsregierung zu rich-
 ten. Gestützt auf Rapp-Lüttwitz hat er die Regierung für
 abgesetzt und die Landesversammlung für aufgelöst erklärt,
 aber sofort nach dem Scheitern des Putsches sich auf seine
 Immunität als Mitglied der Landesversammlung zu be-
 rufen. Wir denken nicht daran, sie ihm zuzugestehen und
 sind überzeugt, daß die Unabhängigen einen Fehler
 gemacht und auch gegen die Abmachungen mit den Gewer-
 kschaften verstoßen haben, als sie gegen die Strafverfol-
 gung des Herrn v. Kessel stimmten. Die deutschnatio-
 nale Presse nennt die feigen Staatsstreicher, die sich nach
 der Tat schleunigst geflüchtet haben, „Selden“, voran den
 Herrn v. Jagow, der den traurigen Mut hat, in der
 Presse bekannt zu geben, daß er sich dem Reichsgericht nicht
 stellen werde. Öffentlich wird die Regierung ihn und die
 anderen Verbrecher zu finden verstehen und den Herren
 Gelegenheit geben, ihr Seldentum gründlich zu beweisen.

Die zweite Notwendigkeit ist die Aufhebung des Be-
 lagerungszustandes. Der Rapp-Lüttwitz-Putsch war im
 wesentlichen eine Militärrevolte. Genau wie einst die Volks-
 marinendivision putschte, als sie aufgelöst werden sollte, so
 jetzt die Matrosendivision Ehrhardt und Löwenfeld und die
 Reste der Baltikammer; es braucht sich eben für eine Truppe,
 deren Mitglieder durch Auflösung des Verbandes ihre Exi-
 stenz zu verlieren fürchten, nur ein politischer Saboteur
 zu finden, und die Revolte ist fertig. Der jüngste Militär-
 putsch hat aber Unterstützung von großen Teilen der
 Reichswehr erfahren und der Rest der Reichswehr war
 jedenfalls zum Kampfe gegen die Putschisten nicht zu ge-
 brauchen. Daher ist im arbeitenden Volke die Abneigung
 gegen die Uniform aufs höchste gesteigert worden. Schon
 deshalb ist die Aufhebung des Belagerungszustandes, der
 das Militär dauernd auf die Straße bringt, gegenwärtig
 unumgänglich.

Es kommt hinzu, daß der Ausnahmezustand große poli-
 tische Macht in die Hände der Offiziere legt, deren Treue
 zur Verfassung gegenwärtig recht zweifelhaft ist. Die Zü-
 berung und Umbildung des Offizierskorps kann nur durch-
 geführt werden, wenn die volle Freiheit der zivil-
 gewalt wieder hergestellt ist. Unter dem Belage-
 rungszustand würde dem neuen Reichswehrminister Dr.
 Seeck ebensovienig die Möglichkeit gegeben sein, die Reichs-
 wehr demokratisch umzugestalten, wie Noske nach seinen Ver-
 teidigungskartell im „Vorwärts“ dazu Zeit und Raum
 gefunden hatte. In Berlin ist der Belagerungszustand in-
 zwischen gefallen, in Ostpreußen und im übrigen Reich
 wäre sein Fortbestand im Augenblick nur zu rechtfertigen
 für das Ruhrrevier, in dem die politische Spannung noch
 immer sehr groß ist.

Alsdann hat die Regierung neben ihrer energisch anzu-
 packenden Demokratisierungs- und Sozialisierungsarbeit
 vor allem die neuen Wahlen vorzubereiten, sodas sie mög-
 lichst schnell stattfinden können und dem Volke Gelegenheit
 geben, für die nächsten vier Jahre feste Richtlinien
 der Politik vorzeichnen. Jede Beeinflussung des sou-
 veränen Parlaments von außen her hat sich auch jetzt wieder
 nicht nur als bedenklich, sondern auch als schwer
 durchführbar gezeigt. Also muß das Volk in seiner
 Gesamtheit durch neue Wahl entscheiden, welche Schluß-
 folgerung es aus den jüngsten Ereignissen zu ziehen gewillt
 ist. In Verfolg dieser Richtlinien muß es gelingen, den
 Fortbestand der Demokratie zu sichern und das deutsche
 Volk auch über den schweren Rückschlag hinwegzubringen,
 der ihm durch den wahnsinnigen Generalsputsch verjüht
 worden ist.

Die Katastrophenpolitik der Kommunisten.

Von Minister des Innern Kemmle.

Die Vorkämpfer der Kommunisten und der U. S. B. haben seit dem Berliner Putsch in unerhörter Weise die Arbeiter in den Betrieben im Anschluß an den kommunistischen revolutionären Betriebsrat gewählt mit dem Erfolg, daß aus diesen Betrieben sich die Angestellten, die Direktoren, die christlich organisierten und die mehrheitlich sozialdemokratischen Arbeiter entfernten. Man meinte eben der sehr richtigen Auffassung zu, daß unter der Verwaltung von revolutionären Betriebsräten die hier in Frage kommenden Betriebe finanziell und technisch zusammenbrechen müssen. Die Kommunisten und U. S. B. Leute haben es an Werbungen bei den aus den Betrieben gegangenen Arbeitern nicht fehlen lassen. Nachdem diese Werbungen nicht zum Ziele führten, verlegten sich die „Revolutionäre“ auf Beschimpfungen schwerster Art. Die mehrheitlich sozialdemokratischen Arbeiter, die christlich organisierten und die Angestellten ließen sich aber nicht irren machen. Sie haben in seltener Einmütigkeit durch Wort und Schrift die unberechtigten Anklagen gegen ihre Ehrenhaftigkeit zurückgewiesen. Damit brach die Herrschaft der revolutionären Betriebsräte in sich zusammen.

Es wurde von diesen um Verhandlungen nachgehakt unter der ausdrücklichen Erklärung, auf die ungeschicklich gewählten Betriebsräte verzichten zu wollen. Die Unternehmer stellten nun aber Gegenbedingungen, über die auch eine Einigung in guter Aussicht stand. Nur über einen Punkt gab es keine Verständigung. Die Unternehmer forderten nämlich, es sollten eine Anzahl der Mäcker dieser neuesten Bewegung nicht mehr in die Betriebe zurückgeführt werden, weil man ihnen nicht trauen könne, mit Leuten, die ungeschicklich brutal benommen haben, die den Betriebsleitern Gewalt anzutun suchten, zusammen zu arbeiten. Der Metallarbeiterverband erkennt auch seinerseits an, daß das Vorgehen der kommunistisch orientierten Arbeiter verwerflich sei, und er versucht nun, mit den Unternehmern zu einer Verständigung zu kommen. Darüber sind die Rätepolitiker sehr erboht, und sie versuchen nun ihren verfahrenen Karren wieder flott zu bringen, die Bewegung über das ganze Land zu verbreiten. Mit Flugblättern, Plakaten und in Versammlungen wird die Arbeiterschaft des Landes in gemeingefährlicher Weise irre zu führen versucht. Man behauptet, es gelte, den Kampf gegen ein brutales Unternehmertum aufzunehmen.

In Karlsruhe veranstalteten die Kommunisten seit zwei Tagen Straßenaufmärsche, provozieren die Behörden in sehr herausfordernder Weise und lassen erkennen, daß sie ganz in Absicht mit Gewalt die öffentliche Ruhe stören wollen. Zu dieser Kampfmethode kamen die Leute, weil die Arbeiter in den Fabriken ihre terroristischen Anwesenheiten ablehnten. Auch in anderen Industriezentren des Landes soll in der einen oder anderen Weise die Arbeiterschaft aufgerührt und das geregelte Leben gestört werden.

Für den aufmerksamen Beobachter dieser Vorgänge unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die einzelntätige Unruhe von langer Hand vorbereitet ist und in Verbindung steht mit den Vorgängen im Ruhrgebiet. Man will den Abtransport von Reichswehrtruppen nach dem Ruhrgebiet verhindern. Um die Arbeiterschaft irre zu führen, wird die Meinung verbreitet, als ob es sich bei der Reichswehr um Truppenteile handele, die der kommunistischen Bewegung nahe ständen, während andererseits von der roten Armee behauptet wird, sie hätte nur das Bestreben, der Reaktion zu Leibe zu rücken. Es bedarf wohl nicht vieler Worte zur Begründung der Tatsache, daß die rote Armee in Wirklichkeit eine kommunistische Unternehmung darstellt. Russisches Geld und russische Emittente sind zum Bestehen des längst beabsichtigten kommunistischen Putsch eingeleitet. Das Ministerium des Innern hat seit einigen Tagen verbürgte Nachrichten über die Konspirationen der Kommunisten; es ist auch bekannt, daß die U. S. B. an dem Unternehmen nicht uneteiligt ist. Die vernünftigen Anhänger der U. S. B. warnen zwar vor dieser sinnlosen Putschbewegung, der andere Teil aber schenkt sich nicht.

mit den Kommunisten zusammen und mit dem Rohbrot im Anhang zu rebellieren. Diese gewissenlose Gebe ist um so unverständlicher, als doch gerade die Anhänger der U. S. B. und der K. P. D. fortgesetzt an der Ernährungslage und der Teuerung scharfe Kritik üben. Wollen diese Leute etwa behaupten, daß durch diese ihre Störungen die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert werden können?

An die gesamte Bevölkerung, nicht zuletzt an die Arbeiterschaft, ergeht der ernste Mahnruf, sich gegen den kommunistischen Putschversuch zu organisieren. Programmgemäß soll er mit dem 30. März in die Wege geleitet werden. Einwohnervahren, Sicherheitspolizei und Reichswehr müssen alle ihre Kräfte aufzubieten, um den drohenden Gefahren mit Erfolg begegnen zu können. Das durch die bayrische Putschbewegung in weitesten Volksteilen wachgerufene Mißtrauen gegen die Einwohnervahren muß endgültig verschwinden. Wer seinem Vaterland und dem Volke einen schätzbaren Dienst leisten will, der trete der Einwohnervahren bei. Wer sich frei machen kann, sei es auch nur für die Zeit ernster Gefahr, der trete als Freiwilliger bei der Reichswehr ein. Auf das Wort kommt es nicht an. Ist das Wort Zeitscheinwilliger verpönt, dann betrachte man sich als Soldat des Volkes. Erwerbslose, organisierte Arbeiter besonders können sich um Land und Volk große Verdienste erwerben. An dem ehernen Widerstand der geschlossenen Volksmehrheit muß der Putschversuch von links ebenso scheitern, wie der Putschversuch von rechts elend in sich zusammenbrach.

Politische Uebersicht.

Die Kommunisten und der Kapp-Putsch.

Die K. P. D. war die erste Partei, die alsbald nach dem Kapp-Putsch mit einem Flugblatt über die neue politische Lage vor ihre Anhänger trat. Unter Berufung auf einen Artikel der „Noten-Zeitung“, in dem gestanden hatte, daß die Koste und Bauer nur noch Schmutzfüßen auf den Nachschößen der Rätepolitik und Reichswehr wären, wurde in dem Aufruf ausgesprochen, daß der Militarismus jetzt seine schmutzige Hülle abgeworfen hätte und wieder in seiner ursprünglichen Gestalt vor dem Volke bestünde. Die Koalitionsregierung, insbesondere die Reichswehrsozialdemokratie, sei damit endgültig erledigt, das Proletariat nun entscheidenden Kampfe um die Macht aber noch nicht reif. Vielmehr müsse die Arbeiterklasse jetzt erst von den Skorpionen der Militärdiktatur gemartert werden, damit der unerbittliche revolutionäre Wille in ihr erwache.

Die Kommunisten nahmen also an, daß Kapp-Lüttwisch sich behaupten würden und rieten ihren Anhängern davon ab, sofort in einen Kampf gegen die Rebellen einzutreten. Aber diese Plannacherei der Kommunisten hinderte die Arbeiterklasse nicht, ihren imponenten Generalkriegskampf zu führen, und die Empörer wurden niedergeworfen. Recht erlassen die Kommunisten einen Aufruf, in dem sie eine Regierung der beiden sozialdemokratischen Parteien forderten und ihre „lobale Opposition“ versprochen, das heißt Verzicht auf die Vorbereitung eines bewaffneten Umsturzes. Man wird diesen Bestimmungswandel als politisch wichtig nicht übersehen dürfen.

Friedensangebot Sowjet-Rußlands an die Nationen der Welt.

Anapolsk, 30. März. (Funkdruck.) „Newport American“ veröffentlicht ein drahtloses an Litwinow gesandtes Friedensangebot von Sowjetrußland an die Nationen der Welt. Es umfaßt folgende Punkte: 1. Anerkennung der Sowjetrepublik Rußland. 2. Anerkennung des Rechts, das Sowjetexperiment in Rußland weiter zu entwickeln. 3. Vereinfachung der Sowjetverhältnisse, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. 4. Verpflichtung der anderen Länder, sich ebenfalls der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu enthalten. 5. Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. 6. Auflösung der roten Armee, sobald der Frieden gesichert ist. 7. Anerkennung der Schulden und Anleihen, einschließlich der Zinsen, der früheren russischen Regierung durch Sowjetrußland.

Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jeden Landes, sich seine eigene Regierungsart zu wählen, zu achten und diesen Grundsatz auch auf die russischen Randstaaten anzuwenden. Sowjetrußland beansprucht jedoch für sich das selbe Recht. Die Sowjetregierung erklärt: Wir suchen keine Allianz mit irgend einer Nation und wollen keine Nation angreifen. Wir setzen unsere Truppen in den Frieden. Wir suchen

Handelsbeziehungen mit allen Nationen der Welt. Wir lehnen es feierlich ab, irgendwelche gegen die alliierten Regierungen gerichtete geheime Verhandlungen mit Deutschland in Erwägung zu ziehen. Wir wollen keinerlei militärische Abmachungen. Wir bitten, Wollen einen loyalen Frieden an, können jedoch nicht zulassen, daß es unter dem Vorwand, seine Bewohner gegen den Bolschewismus zu verteidigen zu wollen, große russische Grenzgebiete einheimigt.

Badische Politik.

Die Siedlung Hagenfisch und die Demokraten.

Durch Annahme des Vertrages, wonach der Hagenfisch als bei Pforzheim in den Besitz der Siedlungs- und Landbauübergebt, hat der Landtag eine bedeutende sozialpolitische Maßnahme eingeleitet. Man konnte aber auch bei dieser Gelegenheit meinten, daß es den bürgerlichen Parteien, vor allem den Demokraten sehr schwer fällt, ihre Zustimmung zu geben, wenn es sich um ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen handelt, wenn dieses auch nur entfernt nach Sozialismus riecht. Wie verhält sich aber jeder Sozialdemokrat in einschneidender Stellung zu, beweisen auch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Gledner. Regierungsrat Dr. Kämpfmeier steht seit Jahren in den vorbereitenden Reihen derjenigen, die durch eine vernünftige Siedlungspolitik an der Lösung der Wohnungs- und anderer Fragen arbeiten. Dr. Kämpfmeier hat auch wesentlich Anteil an dem was im Hagenfisch bis jetzt erreicht ist. Daß er von Siedlungsfragen etwas versteht, hat er schon bewiesen und vor allem bewiesen er den Geist, den wir in gemeinwirtschaftlichen Unternehmen brauchen. Herr Gledner hat nun direkt verlangt, daß Herr Kämpfmeier als Vorsitzender des Aufsichtsrates befreit wird und ein tüchtiger Geschäftsmann an seine Stelle kommt, obwohl er sicher nicht in der Lage wäre etwas gegen die Tätigkeit von Dr. Kämpfmeier vorzubringen. Leider ist ihm keiner unserer Genossen entgegengetreten und hat ihm gesagt, daß einer wohl ein guter Geschäftsmann in privatwirtschaftlichem Sinne sein kann, aber doch ein schlechter Vorsitzender für eine gemeinwirtschaftliche Gesellschaft. Soll etwa einer der Eigenverwalter, die so jetzt gegen das Unternehmen wüteten, Vorsitzender werden? Wäre ein Mann im Sinne Gledners und seiner Freunde an der Spitze gestanden, dann wäre das Siedlungsunternehmen nicht entstanden, weil dadurch die Privatinteressen berührt werden und in diesem Sinne würde es weiter gehen. Auch bei privaten Gesellschaften ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates selten ein Fachmann. Bei der Siedlungs- und Landbauübergebt haben, wie in anderen Fällen die Geschäftsführer die Geschäfte so bejagen, der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat den Fortgang der Geschäfte so überwachen, er hat vor allem darauf zu achten, daß das Geschäft im richtigen Geiste geführt wird, daß immer und überall das Ziel der Gesellschaft im Auge behalten wird, selbst auch dann, wenn eine Unternehmensgruppe glaubt, dadurch einen Schaden zu nehmen.

Eine Maßregelung von Dr. Kämpfmeier wäre der Sache zum Schaden und persönlich ein Unrecht, weil wir seinen Mann in Baden haben, der gerade für diese Sache mehr gearbeitet hat als Gen. Kämpfmeier. Dr. Kämpfmeier wird der Sache auch in Zukunft nicht abtrünnig sein und müssen andere Genossen im Landtag und in der Regierung dafür sorgen, daß an dieser ein Mann mit an der Spitze steht, der von wirklich gemeinwirtschaftlichem Geiste getragen ist.

Die Redaktionskassation.

Um die Verhandlungen über die Redaktionskassation endgültig auszuheilen, war der Hauptausschuss des Landtags am Dienstag vormittag versammelt. Einmütig wurden zwei Beschlüsse angenommen. In dem ersten wird beantragt, der Landtag wolle seine Zustimmung erteilen, daß die badische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß die Reichsregierung der Nationalversammlung eine Vorlage zur Bewilligung der Baugmittel zwecks Herstellung des Reichswehrstützpunktes Mannheim-Walldorf für das Jahr 1920 vorschlägt unter gleichzeitiger Ausbaur der Wasserkräfte auf dieser Stützpunkt und nach Bewilligung der Mittel mit den Bauarbeiten beginnt. Durch diese Erklärung wird den künftigen Verhandlungen über die Bedingungen des Übergangs der Redaktionswasserkräfte auf das Reich nicht vorgegriffen.

In der zweiten dem Landtag vorgelegenden Entscheidung wird die Anforderung eines ersten Betrags für die Redaktionskassation der Nationalversammlung genehmigt. Im Hinblick auf das durch die Notwendigkeit gesteigerte Bedürfnis nach elektrischer Energie und die durch die Kanalisation gebotene Gelegenheit zur Beschäftigung von Arbeitlosen wird die sofortige Inangriffnahme der Arbeiten für dringend erklärt. Der Landtag gibt aber zugleich auch der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung und die Nationalversammlung sich nicht gegen die Fortsetzung der Kanalisierung bis Ulm festlegen.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Kind und Mann.

Wir mußten sehr tief geschlafen haben. Als wir die Augen aufschlugen, herrschte im Raum starke Dämmerung. Durch die Türrihren schimmerte es hell. Vor uns stand ein Knabe und klatschte in die Hände. Durch dieses klatschen waren wir wach geworden und mußten wohl ein sehr überraschendes Gesicht gemacht haben; denn er lachte hell hinaus. Hinter der Hütte war jemand mit Holzspalten beschäftigt. Wir sprangen von der Bank auf. Der Knabe reichte jedem eine Schale sehr heißen Tee.

„Kommt mit mir, ich werde euch führen!“ sprach er, nachdem wir getrunken hatten, und schritt zur Türe. Wir zogen Pelz und Mützen fest, doch war es nicht sehr kalt im Freien.

Ohne sich umzuschauen stapfte unser junger Führer in den Wald hinein und wir folgten ihm. Wohl eine halbe Stunde weit. Dann drehte er sich um. Nun sah ich ihn das erste Mal genau. Er war ziemlich groß und besaß ein eigenartiges Gesicht. Es war breit mit kantigen Wadenknochen, vorbrühender, etwas eingedrückter Nase, deren Spitzen sich weiteten und tiefliegenden kleinen Augen. Eine müstige Wellenlinie bedeckte seine Haare, welche der Farbe der Brauen nach zu schließen blond sein mochten. Im übrigen war er mit Pelz, gewickelten Beinbindern und rob gearbeiteten Lederstiefeln, genau wie ein Erwachsener, bekleidet. Aber in diesem merkwürdigen Knabengesichte lag ein Zug, den ich mir nicht recht zu deuten wußte. Der Durchschnitt mochte etwa 14 Jahre zählen.

„Wohin du?“ fragte ich ihn.

„Solentka“, antwortete er ruhig und fuhr dann sofort fort: „Geht jetzt noch etwa zwei Stunden gerade aus, dann könnt ihr euch verstecken. Wenn es dunkel wird, dann kommt wieder zur Hütte zurück. Verirrt euch nicht!“

Er reichte uns noch ein Säckchen mit Lebensmitteln, tief dann den Weg zurück und verschwand rasch im Dunkel des

Waldes. Wir gingen in der bezeichneten Richtung vorwärts und bauten später im Gebüsch aus Baumzweigen ein dichtes Versteck, wogten jedoch nicht Feuer anzuzünden, aus Sorge entdeckt zu werden.

Abends schlichen wir wieder zur Hütte und fanden dort zwei ältere Männer, welche wir bis jetzt noch nicht gesehen hatten, hinter dem Tisch. Wir wurden aus den Leuten nicht Kling. Der Wärter vom Tage vorher, welchen die anderen Mannschaften nannten, stellte uns Fleisch, Brot und Tee vor. Das Weib schwang ihr Kind in der hängenden Wiege beständig hin und her. Neben ihr stand ein kleines Mädchen von etwa acht Jahren und sah uns mit großen erstarrten Augen an. Solentka trat zu ihm und folgte es zärtlich um die Schultern. Die Kleine schmiegte sich dicht an. Dann nahm der Knabe ein paar Schneeschuhe aus einer Ecke und hing das Gewehr um. So sah er im Flammenschein einem Manne gleich wie er vor uns trat: „Väterchen, ihr könnt ruhig schlafen, ich werde für euch wachen!“ Rasch ging er fort.

Mit Tagesgrauen kam er wieder zur Türe herein. Wir waren bereits wach und verließen die Hütte in dem Augenblick, in welchem er auf ein unter der Schlafbank befindliches Lager trock.

Dies wiederholte sich. Jede Nacht von dieses halbe Stundenteilweite Kreise rings um die Hütte, durch die tiefste sibirische Winternacht, bis zum aufschimmernden Morgenrot. Nach mehreren Tagen erfuhren wir auch das Geheimnis unserer Warte: Sie trieben Branntweinskandal nach den in der Nähe gelegenen Bergwerken. Da gibt es eine Verfügung des Zaren, welche bestimmt, daß die Arbeiter jener Werke nur des Sonntags Branntwein trinken dürfen. Diese Leute betrinken sich nun auch an jenem Tage meist alle mit dem vom Staat an sie verkauften Schnaps. Morgens bereits stehen sie in langer Reihe vor der Ausgabe-Stelle und warten stundenlang, bis sie einen Teil jenes Giftes erwerben können. Abends liegen sie dann sinnlos betrunken, eilen Tieren gleich, umher. Unser Volk wird an diesem Laster, aus dem der Staat seinen größten Nutzen zieht, noch zugrunde gehen, wenn es nicht ab aufgeföhrt

wird. Die übrigen sechs Tage der Woche ist es strengstens verboten, Branntwein an die Bergwerksarbeiter zu verkaufen. Zaren beruhte das Gewerbe unserer Warte. Sie brachten sich im Weide aus Getreide das bewährteste Getränk und jagten es von wertvollsten Holz in die Bergwerke ein. Wird einer von den Schnapsknechten, deren es in Sibirien, dort wo Bergwerke sind, immer gibt, ertappt, dann läuft er Gefahr, erschossen oder gehängt zu werden. Die Bewachung jener Warten durch Militär ist eine sehr strenge. Die Arbeiter unterziehen sich wenig von Gefangenen. Jedoch sind viele der Soldaten bestechlich.

Die Leute, welche uns Nachts verbergen, standen also zu den Gefahren des Zaren in Widerspruch wie wir ebenfalls und es war nicht zu befürchten, daß sie uns verraten würden. So konnten wir allmählich vertrauter werden und erfuhrten manches aus ihrem Leben.

Sämtliche Männer und die Frau waren früher Verurteilte, kriminell, wegen Raub, Mord oder Diebstahl bestraft, welche man nach Verbüßung ihrer Strafe freigelassen und angesiedelt hatte. Die Kinder waren in Sibirien geboren. Vor fünf Jahren wohnten die Leute noch weiter östlich und entflohen dann der Verfolgung des Militärs in die jetzige Gegend. Ivanoff war das Haupt der verwegenen Meuterei. Die Hütte, in welcher sie den Branntwein herstellten, befand sich weiter drinnen im unermesslichen Walde. Dazu unterhielten sie verschiedene versteckte Lager und behaupteten, das Getränk gewinne an Feuer, wenn es einige Zeit eingegraben liege.

Sie besaßen reichlich Waffen. Ich trug noch einige Hundert Rubel in Papier bei mir. Es war mir gelungen, das Geld vor den Soldaten und Wärttern sorgsam geheim zu halten. Ich kaufte Ivanoff ein Gewehr mit Munition und zwei große sibirische Messer ab. Diese Waffen nahmen wir jeden Tag mit in den Wald. Auch später mußten sie uns sehr. Wir kamen dank derselben unangefochten durch die sibirischen und tatarischen Wälder.

(Schluß folgt.)

Politische Aussprache in der Nationalversammlung.

Berlin, 30. März.

Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.25 Uhr.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Regierung.

Abg. Dr. Düringer (D.M.): Die Nachricht, Kapp habe sich als Reichsminister gemacht, hat mich zu dem Satz veranlaßt, daß die Demokratie immer die größte Lachhöhe sei. Durd er- gibt es kein Ventil, so erfolgt eine Explosionsgefahr. Die Nationalversammlung hat ihre Aufgabe erfüllt bis zu den Wahlen. Diese wurden verzögert. Statt dieser Wahlen wurden unwichtige Vorlagen gemacht. In der Regierung besteht der Wunsch, dem Volke seine verfassungsmäßige Rechte zugunsten einer Parteiregierung vorzuenthalten. Unsere Interpellation fruchtete nichts. Regierung und Parteien, die verfassungswidrig ihre Macht verlängerten, haben sich nicht über den verfassungswidrigen Kutsch zu entschuldigen (Widerspruch bei der Mehrheit); sie haben die Verantwortung an dem Kutsch. Ein sozialdemokratischer Minister kommt an dem Kutsch. Ein sozialdemokratischer Minister kommt an dem Kutsch. Ein sozialdemokratischer Minister kommt an dem Kutsch. Ein sozialdemokratischer Minister kommt an dem Kutsch.

Abg. Dr. Düringer, fortfahrend: Meine Partei hat bezüglich des 18. März ein reines Gewissen. (Lachen bei der Mehrheit.) Wir mißbilligen den Kutsch, haben ihn nicht begünstigt, sondern, als wir davon erfuhr, ihn getadelt. Die Männer, die den Kutsch hinter dem Rücken der Partei angezettelt haben, haben in der Partei keine Rolle gespielt. (Ruf: „Traub!“) Ich ist erst nachher dem Kutsch beigetreten. (Ruf: „Kapp!“) Kapp ist der Sohn eines Revolutionärs und ist erblich belastet. Kapp hat in seinem Königsberger Blatt die Deutschen zum Krieg kritisiert und hat keine Sitzung des Hauptaus- schusses beigewohnt. Traub halte ich nicht für einen schlechten Menschen, aber für einen schlechten Politiker. Unsere Bestre- mungen im Reichsjustizministerium mit Kapp und den Gene- ralen haben zum Niedertreten Kapps geführt und damit den Kutsch ermöglicht, ohne daß der Generalfreik nötig gewesen wäre. Wie kommt Herr Bauer dazu, sich schuldig zu machen? Die Ver- leumdung muß von allen hochgehalten werden, auch von jenen, deren Lieberzeugung sie nicht entspricht. Wir müssen uns in verfassungsmäßiger Arbeit zusammenfinden.

Reichsminister Müller: Im Ruhrgebiet, im Rhein- land und in Westfalen ist Erregung vorhanden, weil man dort starke militärische Maßnahmen erwartet. In der gestrigen Schlußsitzung wurde beschlossen, alle unnötigen Schwerverwunden zu vermeiden. Die Truppen dort sind regierungstreue; sie lech- zen nicht nach Arbeiterblut, wie man in Oberfeld sagte. Es ist Klugheit, die Truppen dort zu lassen. Wo überhaupt Truppen in Be- wegung gesetzt werden, gehen Kommissare voraus, um aufzu- klären. Nahrungsmittel werden aufbewahrt, denn die Lage in diesen Bezirken ist fürchterlich. In Eisenfeld droht man nun neuem mit dem Generalfreik. Ein gemeinsames Flugblatt der sozialistischen Parteien hat die unvernünftigen Forderungen der sogenannten Kommunisten ins rechte Licht zu setzen. Gegenüber der französischen Regierung zugestimmt, daß wir zwei bis drei Wochen lang eine erhöhte Truppenzahl in das zentrale Ruhrgebiet schicken können. Damit haben wir eine größere Bewegungsfreiheit und wir hoffen, daß wir die Ruhe wieder herstellen können mit Hilfe der vernünftigen Arbeiter. Die Bedingungen des Generals Walter sind gemil- dert worden. Wir erhoffen eine Entspannung der Lage in wenigen Tagen.

Reichsminister Dr. Kapp: Die demokratische Regierung ist eine Parteiregierung. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn die Gesetze über die Entschädigung der Auslandsdeutschen und anderer nun nicht mehr von der Nationalversammlung verabschiedet werden können. Noch schlimmer ist es, daß die Wahl nun vorgenommen werden muß, bevor die Abstimmung in den verschiedenen Gebieten beendet ist. Der Kutsch mangelt es an Vorbereitung, er ist nicht an der Sache. Warum ging die Regierung aus Berlin fort? Weil es nicht Sache der Führer sein kann, sich im Augenblick der Gefahr vorne in Schützen- wägen gefangen nehmen zu lassen. Dieser Fortgang war Kapps Bestimmung. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Erhe- bung im Westen halten die richtige Mitte zwischen der Rücksicht gegenüber jenen, die nur aus Unberathung auf die Straße gehen, und der Menge jener, die die Anarchie erstreben.

Abg. Leicht (D.M.): Wir sind grundsätzliche Gegner der Revolution. Ob das im Ruhrgebiet Volksgewissens ist, steht dahin, aber er kann daraus entstehen. Das Ultimatum war nötig, denn wir brauchen Ruhe und Ordnung. Aus dem Pro- gramm der Regierung begrüße ich den Fortschritt der sozialen Gesetzgebung in der bisherigen Richtung. Abg. Wels (Soz.): Die Herren Heine und Herzog hätten am 9. März schon das Parlament auf die Gefahr des Kutschs aufmerksam machen müssen. Der Kutsch war von langer Hand vorbereitet. Kapp hat lange mit Ludendorff verhandelt und nach Generalen gesucht, die den Kutsch zu Gewaltthaten haben. General von Seeck hat angeordnet, daß die Freiwilligen in Formern bis zum 10. April zusammenbleiben sollen. Diese Zusammenführung der Regimenter ist eine Gefahr der Republik. Ich verlange ihre schnelle Auflösung. Das Ausland wird Vertrauen zur deutschen Demokratie gewinnen. Ohne Koal- lition gibt es in Deutschland keine Regierung, das sei den Unabhängigen gesagt. Das heutige Kabinett darf nur bis zu den Wahlen bleiben. Meine Partei stimmt dem Arbeitsprogramm der Unabhängigen in der „Freiheit“ zu. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien ist vielfach eine Frage kurzer Zeit. Eine Arbeiterregierung aus Hand- und Kopfarbeitern, die auf dem Boden der Republik stehen, ist nötig. Der Feind steht rechts. Er soll den Kampf haben bis aufs Messer.

Abg. Behrens (D.M.): Die Rede Wels sei einer Volksver- sammlung würdig gewesen. Er weise die unerwiesenen Unter- stellungen gegen seine Partei entschieden zurück. Im Pro- gramm des Reichstags sei die Landwirtschaft sehr mager weggenommen. Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe. Auch der Kampf im Ruhrgebiet sei vorbereitet gewesen. Verleumdung der Ge- genpartei nicht. Reichsminister Kapp rechtfertigt das Verhalten der Regierung gegenüber reaktionären Bestrebungen in der Studentenschaft. Die Reichsregierung wäre in Berlin in Schutzhaft ge- nommen worden, wenn sie dort geblieben wäre. Nur außerhalb Berlins konnte sie sich zu einem Hort des Widerstandes gegen Kapp entwickeln. Abg. Sager (U.S.): Hätte die Regierung das, was sie jetzt tun will, schon früher getan, dann wäre es nicht zu der Spannung gekommen, die zu den letzten Kämpfen geführt hat. Die Arbeiter wollen Taten sehen; die Regierung hat bis jetzt noch nicht gezeigt, daß sie einen anderen Kurs einschlägt. Es folgen persönliche Bemerkungen. Der Antrag Arn- stadt (Mittelrheinstrom gegen die Regierung) wird abge- lehnt, der Antrag Rothe, Payer, Trindborn (Billigung der Regierungserklärung) wird angenommen gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Unabhängigen. Das Gesetz über die Aenderung des Konfular- gebührengesetzes wird in zweiter und dritter Lesung an- genommen, ebenso das Gesetz über die Erhöhung der Zu- ständigkeit der Amtsgerichte und das Gesetz für be- schränkte Auskünfte aus den Strafregistern usw. Das Gesetz über die vorläufige Reichswehr und die Marine wird in allen drei Lesungen angenommen. Das Gesetz über die Aenderung des Kutschgesetzes wird in allen drei Lesungen erledigt, das Gesetz über den Notetat in zweiter und dritter Lesung, ebenso das Gesetz über den dritten Nachtragsetat für 1919. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten wird an den Verfassungsausschuß überwiesen, ebenso das Reichswahlgesetz.

Es folgt die Beratung eines Gesetzentwurfes über die Aburteilung von hochverräterischen Unternehmungen vom März 1920.

Abg. Schulz-Bromberg hat gegen den materiellen Inhalt des Gesetzes nichts einzuwenden, beantragt aber, die Abstimmung in Formern vorzunehmen, die für eine Verfassungsände- rung vorgeschrieben sind.

Abg. Dr. Behrens (D.M.): Die Abstimmung über die Verfassungserklärung ist in Formern vorzunehmen, die für eine Verfassungsände- rung vorgeschrieben sind.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) weist zurück, daß seine Partei von dem Kutsch vorher Kenntnis gehabt habe.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 30. März. Nach dem heute zur Beratung kommenden Gesetzentwurf ist die Wahl des Reichspräsi-

denten unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt ist jeder Reichstagswähler innerhalb des Reichsgebietes. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält, aber mangels einer solchen Mehrheit derjenige, der im zweiten Wahlgang die meisten gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmen- gleichheit entscheidet der Reichswahlleiter durch das Los.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Steigerung der Produktion von Nahrungsmitteln. In letz- ter Zeit sind die Preise für Düngemittel, hauptsächlich Stroh- stoff und phosphorsäurehaltige ungeheuer in die Höhe gegangen.

Die Folge davon ist, daß die Landwirte die Düngemittel ab- bestellen. Dagegen kämpft der Genossenschaftsverband landwirtschaftlicher Vereinigungen Karlsruhe in Wort und Schrift. Er fordert die Landwirte auf, trotz der hohen Preise Düngemittel anzuwenden, soweit dies bei der eingeschränkten Düngemittelfabrikation überhaupt möglich ist. Die große Knappheit und der hohe Preis fordern mehr denn je die richtige Anwendung der Düngemittel. Die Regierung hat die Zu- sicherung gegeben, daß die erhöhten Aufwendungen für Kunst- dünger durch entsprechende Zuschüsse zu den Mindestpreisen zur Zeit der Ernte vergütet werden. Der Genossenschaftsverband richtet deshalb die dringende Bitte an die Landwirte, durch An- wendung von Düngemitteln die Produktion zu heben, da nur dann an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft gedacht werden kann.

Aus der Partei.

Wolfsartweier, 30. März. Unsere Monatsversammlung findet nächsten Samstag, 3. April, abends 8 Uhr in der „Linde“ statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

h. Liedolsheim, 28. März. Samstag abend sprach hier in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Gen. Hauptlehrer Meyer-Weingarten über „Reaktion und Republik“. Der Red- ner vertrat es, mit seinen sachlichen, auf reiches Material gestütz- ten Ausführungen die Zuhörer zu fesseln. Einige anti- semitische Zwischenrufe wurden sofort richtiggestellt, im übrigen aber meldete sich in der Aussprache kein Gegner, da auch der Zwischenrufer sich mit den Ausführungen des Redners einverstan- den erklärte. In längeren Ausführungen streift dann noch Gen. Seyl das neulich schon erwähnte merkwürdige Verhalten des hie- sigen Ortsgeistlichen der Kutschregierung gegenüber und fand da- mit starke Zustimmung. Auch die hier ziemlich verbreitete „Bad- Presse“ fand gebührende Beurteilung als angehenes und „an- gegangenes“ Kapporgan. Nach einem kurzen Schlusswort schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Unterwiesheim, 29. März. Nächsten Samstag, 3. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Schwanz“ die monatliche Mit- gliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Das vollständige Erscheinen der Genossen ist notwendig.

Sandweier, 30. März. Am Sonntag mittag sprach hier in der „Blume“ Gen. Arbeitsminister Müller in einer öffentlichen Versammlung über die politische Lage. Die fünfviertelstündigen Ausführungen fanden lebhaften Beifall; an der Diskussion be- teiligte sich auch der Bürgermeister. (Die Karlsruher Unabhängigen und Kommunisten werden nun wohl glauben, daß auch Minis- ter Müller nicht in Karlsruhe anwesend war, daß er auch nicht bei „Fleischwein“ saß und das Volk verhöhrte, wie Herr Krnje leichtfertig verlumdet. Die Red.)

„Alli mähnde.“

Von Theodor Thomas.

Zwischen den vielen Zeitungen und Druckereien, die der Schriftträger jeden Morgen auf den Tisch wirft, so an Dienstag früh Jochen Kreuzberger eine irreguläre Postkarte hervor, die sich zwischen eine Streifenbandung betrocknen hatte.

Er beschah sie sich sehr genau. Sie fiel ihm wegen der vielen Pfeilspitze und der Fingerringe auf. In der Inhalt zeigte ihm zunächst zum Lachen. Da stand mit ungelassenen Schrift- zügen:

„Alli mähnde, warum bist du nicht gekommen? Erstmal hast du mich die Jahre getraut und nun noch so? Du bist ein Schuff, daß duhst nur weißt, um ich weiß es auch, von wägen dem geld. So nun mögens alle wissen, jetzt verlag mich um was wichtig bist nie nicht rein waschen, du aff, du bist ein Schuff.“

Wille Grüße Gustel Weis.

Auf der Vorderseite stand: „Welcher von den vielen? Ohne nähere Angaben nicht zu ermitteln.“

Nachdem sich Jochen von seiner Feierlichkeit erholt hatte, fing er doch an, die Karte von einer anderen Seite aus aufzufassen. Das war nun wieder so ein Fall, sagte er sich, ein armes Weib, beiseite gestoben, mit einem Kind sitzen gelassen, zum Schluß Verzweiflung. Immer die gleiche Geschichte...

Die Karte ließ Kreuzberger keine Ruhe. Er drehte sie um und um. Der kleine Ort, wo Gustel wohnte, war klar aus dem Kopfe herbeizufinden. Er wollte ihr schreiben und den Namen herbeizufinden helfen, der sich so gemein benahm. Wenn die Post ihn nicht fand, er würde ihn zu finden wissen.

Jochen schrieb noch am selben Abend an Gustel Weis. Er wollte ihr gern beistehen sein, die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Er habe auch einen Freund, der heiße Eugen und sei Arbeitersekretär, der nähere sich ihr vielleicht an. Sie solle ihm nur weiteres mitteilen, dann würden sie beide schon heraus, daß sie zu ihrem Recht komme. Das müsse mit dem Namen gehen, wenn ihr nicht doch noch zu helfen sei usw.

Mehrere Tage vergingen. Jochen dachte kaum mehr an den Fall, bis sich die Gustel nach einer Woche meldete. Der Inhalt seines Briefes war überraschend genug für ihn. Sein Anfangs- schreiben:

„Alli mähnde, warum bist du nicht gekommen? Erstmal hast du mich die Jahre getraut und nun noch so? Du bist ein Schuff, daß duhst nur weißt, um ich weiß es auch, von wägen dem geld. So nun mögens alle wissen, jetzt verlag mich um was wichtig bist nie nicht rein waschen, du aff, du bist ein Schuff.“

Wille Grüße Gustel Weis.

Auf der Vorderseite stand: „Welcher von den vielen? Ohne nähere Angaben nicht zu ermitteln.“

Nachdem sich Jochen von seiner Feierlichkeit erholt hatte, fing er doch an, die Karte von einer anderen Seite aus aufzufassen. Das war nun wieder so ein Fall, sagte er sich, ein armes Weib, beiseite gestoben, mit einem Kind sitzen gelassen, zum Schluß Verzweiflung. Immer die gleiche Geschichte...

Die Karte ließ Kreuzberger keine Ruhe. Er drehte sie um und um. Der kleine Ort, wo Gustel wohnte, war klar aus dem Kopfe herbeizufinden. Er wollte ihr schreiben und den Namen herbeizufinden helfen, der sich so gemein benahm. Wenn die Post ihn nicht fand, er würde ihn zu finden wissen.

Jochen schrieb noch am selben Abend an Gustel Weis. Er wollte ihr gern beistehen sein, die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Er habe auch einen Freund, der heiße Eugen und sei Arbeitersekretär, der nähere sich ihr vielleicht an. Sie solle ihm nur weiteres mitteilen, dann würden sie beide schon heraus, daß sie zu ihrem Recht komme. Das müsse mit dem Namen gehen, wenn ihr nicht doch noch zu helfen sei usw.

Mehrere Tage vergingen. Jochen dachte kaum mehr an den Fall, bis sich die Gustel nach einer Woche meldete. Der Inhalt seines Briefes war überraschend genug für ihn. Sein Anfangs- schreiben:

„Alli mähnde, warum bist du nicht gekommen? Erstmal hast du mich die Jahre getraut und nun noch so? Du bist ein Schuff, daß duhst nur weißt, um ich weiß es auch, von wägen dem geld. So nun mögens alle wissen, jetzt verlag mich um was wichtig bist nie nicht rein waschen, du aff, du bist ein Schuff.“

Wille Grüße Gustel Weis.

Auf der Vorderseite stand: „Welcher von den vielen? Ohne nähere Angaben nicht zu ermitteln.“

Nachdem sich Jochen von seiner Feierlichkeit erholt hatte, fing er doch an, die Karte von einer anderen Seite aus aufzufassen. Das war nun wieder so ein Fall, sagte er sich, ein armes Weib, beiseite gestoben, mit einem Kind sitzen gelassen, zum Schluß Verzweiflung. Immer die gleiche Geschichte...

„Gell, was war wieder mal nicht? Die is nicht so dumm, die weiß, was sie will.“

Jochen dauert nur der „Schriftbare Allschön“, der kann doch gar nichts dafür, daß er ihm ein wenig ins Handwerk pfuschen wollte...

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Das Betriebsrätegesetz. Voller Wortlaut des Gesetzes über Betriebsräte nebst ausführlicher Erläuterung von Paul Umbreit, Schriftleiter des Korrespondenzblattes des allge- meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 3. durchgesehene Auf- lage. 50.75. Tausend. 56 Seiten. Preis 3.50 M und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Nichtenau.

Für Arbeiter und Arbeitgeber bedeutet das Betriebsräte- gesetz den Wendepunkt in der Entwicklung ihres Verhältnisses zueinander. Die ungeheure Bedeutung des Gesetzes wird erst klar durch die gemeinverständliche Erläuterung des bekannten Gewerkschaftlers Umbreit, der in seiner Schrift einen für alle Teile willkommenen und nützlichen Ratgeber bietet. Die An- schaffung der oben drein preiswerten Schrift kann nur bestens empfohlen werden.

Eine neue Halbmonatschrift für Eltern, Lehrer und Be- rufsbildner erscheint im Verlag für Sozialwissenschaft, Ber- lin SW. 68, betitelt: „Der Elternrat“ von Regierung, und Schulrat G. Wille im preussischen Kultusministerium, Preis 5.50 M vierteljährlich, Einzelheft 1 M.

Der Elternrat bringt Aufsätze für alle Gebiete der Schule und Erziehung aus der Feder namhafter Pädagogen, Schulpolitiker und Aerzte und will damit den Elternberatern, deren tätige Mitarbeit an dem Blatte vorgesehen und erstrebt wird, das wissenschaftliche Nützige zur Ausübung ihrer Tä- tigkeit und Gelegenheit zur Aussprache über alle einschlägigen Fragen geben. Einen parteipolitischen Standpunkt wird sie nicht betreten.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene. Herausgeber: Reg.- Rat Erich Hognmann, Referent im Reichsarbeitsministerium, Preis 2.50 M und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Ge- sellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Nichtenau. — Die Schrift kann von unserer Volksbuchhandlung bezogen werden.

„Gell, was war wieder mal nicht? Die is nicht so dumm, die weiß, was sie will.“

Jochen dauert nur der „Schriftbare Allschön“, der kann doch gar nichts dafür, daß er ihm ein wenig ins Handwerk pfuschen wollte...

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Das Betriebsrätegesetz. Voller Wortlaut des Gesetzes über Betriebsräte nebst ausführlicher Erläuterung von Paul Umbreit, Schriftleiter des Korrespondenzblattes des allge- meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 3. durchgesehene Auf- lage. 50.75. Tausend. 56 Seiten. Preis 3.50 M und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Nichtenau.

Für Arbeiter und Arbeitgeber bedeutet das Betriebsräte- gesetz den Wendepunkt in der Entwicklung ihres Verhältnisses zueinander. Die ungeheure Bedeutung des Gesetzes wird erst klar durch die gemeinverständliche Erläuterung des bekannten Gewerkschaftlers Umbreit, der in seiner Schrift einen für alle Teile willkommenen und nützlichen Ratgeber bietet. Die An- schaffung der oben drein preiswerten Schrift kann nur bestens empfohlen werden.

Eine neue Halbmonatschrift für Eltern, Lehrer und Be- rufsbildner erscheint im Verlag für Sozialwissenschaft, Ber- lin SW. 68, betitelt: „Der Elternrat“ von Regierung, und Schulrat G. Wille im preussischen Kultusministerium, Preis 5.50 M vierteljährlich, Einzelheft 1 M.

Der Elternrat bringt Aufsätze für alle Gebiete der Schule und Erziehung aus der Feder namhafter Pädagogen, Schulpolitiker und Aerzte und will damit den Elternberatern, deren tätige Mitarbeit an dem Blatte vorgesehen und erstrebt wird, das wissenschaftliche Nützige zur Ausübung ihrer Tä- tigkeit und Gelegenheit zur Aussprache über alle einschlägigen Fragen geben. Einen parteipolitischen Standpunkt wird sie nicht betreten.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene. Herausgeber: Reg.- Rat Erich Hognmann, Referent im Reichsarbeitsministerium, Preis 2.50 M und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Ge- sellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Nichtenau. — Die Schrift kann von unserer Volksbuchhandlung bezogen werden.

„Gell, was war wieder mal nicht? Die is nicht so dumm, die weiß, was sie will.“

Jochen dauert nur der „Schriftbare Allschön“, der kann doch gar nichts dafür, daß er ihm ein wenig ins Handwerk pfuschen wollte...

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Das Betriebsrätegesetz. Voller Wortlaut des Gesetzes über Betriebsräte nebst ausführlicher Erläuterung von Paul Umbreit, Schriftleiter des Korrespondenzblattes des allge- meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 3. durchgesehene Auf- lage. 50.75. Tausend. 56 Seiten. Preis 3.50 M und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Nichtenau.

Für Arbeiter und Arbeitgeber bedeutet das Betriebsräte- gesetz den Wendepunkt in der Entwicklung ihres Verhältnisses zueinander. Die ungeheure Bedeutung des Gesetzes wird erst klar durch die gemeinverständliche Erläuterung des bekannten Gewerkschaftlers Umbreit, der in seiner Schrift einen für alle Teile willkommenen und nützlichen Ratgeber bietet. Die An- schaffung der oben drein preiswerten Schrift kann nur bestens empfohlen werden.

Eine neue Halbmonatschrift für Eltern, Lehrer und Be- rufsbildner erscheint im Verlag für Sozialwissenschaft, Ber- lin SW. 68, betitelt: „Der Elternrat“ von Regierung, und Schulrat G. Wille im preussischen Kultusministerium, Preis 5.50 M vierteljährlich, Einzelheft 1 M.

Der Elternrat bringt Aufsätze für alle Gebiete der Schule und Erziehung aus der Feder namhafter Pädagogen, Schulpolitiker und Aerzte und will damit den Elternberatern, deren tätige Mitarbeit an dem Blatte vorgesehen und erstrebt wird, das wissenschaftliche Nützige zur Ausübung ihrer Tä- tigkeit und Gelegenheit zur Aussprache über alle einschlägigen Fragen geben. Einen parteipolitischen Standpunkt wird sie nicht betreten.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene. Herausgeber: Reg.- Rat Erich Hognmann, Referent im Reichsarbeitsministerium, Preis 2.50 M und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Ge- sellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Nichtenau. — Die Schrift kann von unserer Volksbuchhandlung bezogen werden.

„Gell, was war wieder mal nicht? Die is nicht so dumm, die weiß, was sie will.“

Jochen dauert nur der „Schriftbare Allschön“, der kann doch gar nichts dafür, daß er ihm ein wenig ins Handwerk pfuschen wollte...

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Aus dem Lande.

1. Staffort, 26. März. Deutschnationales Gastspiel. Sie sind wirklich unbeforscht, die deutschnationalen Volkserbberber. Anstatt sich vor Scham in alle Winkel zu verziehen...

1. Gaggenau, 30. März. Auch die hiesige Arbeiterkassette sollte heute aufgeführt werden. Die Arbeiter in den Fabriken wurden nach Feierabend zu einer Versammlung in die „Gambirushalle“ eingeladen...

* Forstheim, 29. März. Beim Ueberfahren der Gleise im hiesigen Bahnhof wurde der Gießweihenwärter Wiltz, Vater überfahren und sofort getötet.

* Emmenbingen, 30. März. Beim Aufsteigen auf einen schon fahrenden Zug stürzte der Hausbesitzer der Freiburger Filiale der Rheinischen Kreditbank, Eduard Grams, ab, wurde überfahren und getötet.

Der Personenverkehr auf den Staatsbahnen. Wie jetzt in der „Karlsruher Bg.“ amtlich mitgeteilt wird, wird der Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen vom Ostermontag ab wieder in beschränktem Umfang aufgenommen werden.

Warnung! Der Kaffee-Ingénieur Egon Fester in Essen wird für ein Milchwirtschaftsunternehmen in Argentinien. Der von ihm aufgestellte Plan und seine Rentabilitätsberechnung sind auf unzutreffende Behauptungen und Zahlen aufgebaut...

* Die Kosten der Untersuchungs- und Strafkass. Als Ersatz für die Kosten der Untersuchungs- und Strafkass in den Amts- und Kreisgefängnissen und in den Landesstrafanstalten wird von den Verurteilten für jeden Tag der Betrag von 5 M erhoben.

Jugend und Sport.

Keine Beteiligung der Arbeiterportvereine am sogenannten „Sternlauf“.

Die bürgerlichen Sportverbände veranstalten im Mai einen sog. „Sternlauf“. Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege (Arbeiterportverein), Sitz Leipzig, gibt hierzu in „Arbeiter-Turnzeitung“ nachstehendes bekannt:

Die bürgerlichen Sportverbände veranstalten im kommenden Mai eine sportliche Propaganda großen Stils zugunsten der Errichtung von Spielplätzen und der Durchführung des der Rationalisierungsversammlung eingereichten Spielplatzgeplantes. An dieser Propaganda nehmen die Arbeiterportverbände laut Beschluss der Zentralkommission für Sport und Körperpflege nicht teil...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Zerstörung Jerusalems.

Zur Aufführung des Oratoriums von August Klughardt durch die Biederhalle und das Orchester des Landestheaters.

Man schreibt uns: Das bedeutsame Werk, das am kommenden Karfreitag zum ersten Male von Karlsruher Kräften ausgeführt wird, ist eines der wenigen neuzeitlichen Oratorien, dem seit seinem ersten Erscheinen überall begeisteter Erfolg beschieden war. Diesen verdankt das Werk sowohl seiner in sich gesteigerten, dramatischen Linie aufsteigenden und vererbenden Dichtung wie auch besonders seiner wertvollen und doch vollständig dankbaren musikalischen Gestaltung.

Die Komposition stammt aus den Jahren 1896-1898. Der Komponist August Klughardt, damals Hofkapellmeister in Dessau, darf nach diesem Werke als berufener Oratorienkomponist gewertet werden. Er verfügt über ein hohes Maß von ungekünstelter Erfindungskraft und über ein vollkommenes, von den besten älteren deutschen Meistern des Oratoriums geschuldetes Können; dies tritt vor allem in der Formgebung der großen Chöreppisoden erfreulich in Erscheinung.

Die Komposition stammt aus den Jahren 1896-1898. Der Komponist August Klughardt, damals Hofkapellmeister in Dessau, darf nach diesem Werke als berufener Oratorienkomponist gewertet werden.

Karlsruher Bürgerauschuss-Sitzung.

* Karlsruhe, 31. März.

Eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung stand gestern im Karlsruher Stadtparlament zur Beratung. Der erste und wichtigste Punkt betraf das öffentliche Fürsorgewesen. Das gesamte Fürsorgewesen wird zu einem Fürsorgeamt ausgebaut und zwar Abteilung A allgemeine Fürsorge, Abteilung B Jugendfürsorge und Abteilung C Kriegsbeschädigten und Kriegsheimkehrerfürsorge.

Die zweite wichtige Vorlage des hiesigen Land- und Forstwirtschaftswesens wurde, nachdem die Behandlung des ersten Punktes an zwei Stunden in Anspruch genommen hatte, von der Tagesordnung abgesetzt, da das Kolloquium der Ansicht war, dass diese wichtige Frage einer gründlichen Aussprache bedarf.

Der dritte Punkt „Erhebung von Mähdrehern“ rief die Hausbesitzer der Demokraten auf den Plan. Die Vorlage enthält einen Passus, in dem es heißt: „Neben dem Haushaltungsvorstand usw. haftet für die Gebühr Eigentümer des Hauses solidarisch.“

Die weiteren Vorlagen betr. Beschaffung von Materialien, Maschinen und Geräten, betr. Gas-, Wasser- und Strombezugsordnung, betr. Beschaffung eines elektrisch angetriebenen Kompressors für die Müllanlage des Städt. Schlachthofes, betr. Schaffung von Unterkunftsräumen für das weibliche Pflegepersonal im städtischen Krankenhaus, betr. Aufnahmen einer Anleihe, betr. Erneuerung und Ergänzung der elektrischen Einrichtungen im Gaswerk, betr. Gleisanlage auf dem Materiallagerplatz des Tiefbauamts an der Durlacher Allee und betr.

Eine neue Zeitschrift. Otto Platz wird im Roland-Verlag München-Pasing, eine selbstgeschriebene Zeitschrift unter dem Titel „Die fünf Hefte“ herausgeben. Jedes Heft bildet eine selbständige Broschüre. Das „Erste Heft“ erscheint im April.

Badisches Landes-theater.

Wildgans-Morgenfeier.

Am Morgen der Aufführung von „Armut“ veranstaltete der Theaterkulturverband eine diesbezügliche Wildgans-Morgenfeier, die der Mannheimer Schriftsteller und Literaturhistoriker Alfred Maderno mit einem äußerst wohl gelungenen Vortrag begann. Der Redner bewies, wie man einen Gegenstand mit sorgfältiger Liebe und dennoch mit eingehendem kritischem Blick behandeln kann, was sehr aber voranz, daß man seinen Gegenstand auch kennt, was bei manchem schöngeistigen Redner nicht immer so ohne weiteres feststeht.

Am Morgen der Aufführung von „Armut“ veranstaltete der Theaterkulturverband eine diesbezügliche Wildgans-Morgenfeier, die der Mannheimer Schriftsteller und Literaturhistoriker Alfred Maderno mit einem äußerst wohl gelungenen Vortrag begann.

Erneuerung und Ergänzung der Gleisanlagen im Gaswerk.

Die Vorlage betr. Wildhauer-Arbeiten erfährt infolge einer Änderung, als ein Antrag, den ausgesetzten Betrag von 15.000 Mark zu verdoppeln, also auf 30.000 M zu erhöhen, einstimmig angenommen wurde. Im übrigen wurde auch diese Vorlage einstimmig angenommen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 31. März.

Penstimmung.

Und wieder lodt in Busch und Hag Melodisch süßer Droffelgeschlag. Die Frühlingsvögel sind fröhlich, der Mensch geht ohne Falsetto.

Das Dichter gatten unbedacht Das seltsame Paar: Lust und Druß, Das Pfirsichbäumchen über Nacht Dacht tafelte Blütenpracht.

Das Auge, das sonst Zeitung liest, Wie es das neue Grün begrüßt! Wie hoffnungsfreudig wird sein Blick Nach Wintersgrau und Polstift.

Doch sieh, da naht schon der Herbst, Der alle Schönheit schwarz durchspritzt, Und mit Regimen, kalterbäut, Dir den Naturgenuß versagt.

Was Frühlingspracht und Blumenlust, Was Vogelgesang und stunde Lust! — Das Ganze, was man liebt, ihr Herrn, Ist nicht — veraltet — unmodern!

Der Baum, der feuch in Brausamud prahlt, Wo ist der Künstler, der ihn malt? Ist nicht das Schöne, das ihn ziert, Längst überholt und antiquiert?

Die grüne Au im Frühlingsstern Erweckt des Kenners gellen Hohn, Ein Schmarren ist das schönste Bild, Wenns nicht expressionistisch brüllt. — — —

Sagt doch, wie man den Quell bestoßt, Dem Geist, der so ergiebig tropft, Wie man dem Keil das Maul verschließt, Der Gottes Feste forciert?

Der uns für Kunstbanausen hält, Bei uns der höchsten Rang gefüllt; — Gehört er nicht gewalt am End, Der Simmelhergottsfaktament?

Ferdinand Rablinger.

Die Mannheimer Vorgänge.

Die in der Gründung der sogenannten „revolutionären Betriebsräte“ ihre Ursache haben, werden viel Staub auf. Dazu kommt, daß die falschen Darstellungen von unabhängig-kommunistischen Seite ein unrichtiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse geben und dazu angetan sind, Unklarheit bei der Arbeiterschaft zu erzeugen.

Am unsere Genossen über die wahren Verhältnisse in Mannheim zu orientieren, beruft die Parteileitung auf heute abend 7 Uhr in die „Goldene Krone“ eine

Vertrauensmänner-Versammlung.

ein. In derselben werden zwei Mannheimer Genossen, darunter der am Sonntag bei der Demonstration auf dem Marktplatz mißhandelte Genosse Kreis, über die Mannheimer Vorgänge, ihre Ursachen und ihren Stand referieren. In Betracht der Wichtigkeit der Sache ist es Pflicht der Vertrauensleute, die Mitglieder des Vertrauensbedürfnisvereins sind, mögen sich durch ihre Frauen in der Generalversammlung desselben vertreten lassen.

Bezirk Mühlburg. Gestern abend fand im Gasthaus zum „Storch“ eine sehr stark besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereines statt, in welcher Landtagsabg. Kaufmann über die politische Lage im Reich referierte. Im Anschluß hieran wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt.

Mademoiselle nach der Bezirksohmann zur regen Agitation für die Parteipresse und die sozialdemokratische Jugendorganisation auffordert, konnte die gutverlaufene Versammlung geschlossen werden.

Der Monat April, der am morgigen Gründonnerstag seinen Anfang nimmt, leitet das zweite Vierteljahr 1920 ein. In dem neuen Monat erwartet die Menschheit die volle Entfaltung des Lenzegehaubers. Sturm hat den April stimmungsvoll angehaucht; das ist die Droffel, die da schlägt, der Frühlings, der mein Herz bewegt; ich fühle, die sich hoch begehrt, die Geister aus der Erde steigen, das Leben fließt wie ein Traum — mit mir wie Blume, Blatt und Baum. — Aber leider gar manchemal wird das schöne Frühlingsbild, was uns schon die letzten Wärtage vor das Auge gezaubert haben, sich zerstreuen. Regenigauer, Schmelze, dessen berückelnde Raunen ja allbekannt sind. Der April bringt aber in diesem Jahr auch den Schulanfang. Das ist ein wichtiger Lebensabschnitt, wenn die WDG-Zöglinge sich zum ersten Schultage rüsten. Verheißungsvolles Neuland tut sich vor ihnen auf, zugleich aber beruht auf die jenseitige herrliche Kinderzeit. Die Tageslänge nimmt von 13 auf 14 Stunden 40 Minuten zu. Der Randwirt wünscht, daß im April Regen u. Sonnenchein bald abwechseln. Eine der Bauernregeln sagt: Wenn der April Spindel macht, gibts Heu und Korn in voller Pracht. Eine andere Auf trocken April folgt eine nasser Juni und ein nasser Sommer, und schließlich heißt es noch: An der April schon und viel, wird der Mai dann wilder sein.

Sine interessante Bankbeamtenversammlung

Am 19. März im „Königer“ statt. Einberufen war die... Die Bankbeamtenversammlung... Die Bankbeamtenversammlung...

Die Tarifverhandlungen mit dem mittelb. Brauereiverband haben begonnen. Für den Monat März wird eine Zulage von 40 M die Woche bezahlt...

Die Bad. Landesbibliothek ist vom Gründonnerstag ab bis einschl. Sonntag den 11. April geschlossen. Die auswärtigen Benutzer werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Landestheater. Infolge Erkrankung von Fräulein Friedrich findet heute Mittwoch „Josef in Ägypten“ eine Aufführung von Verdis „Rigoletto“ statt. Die für „Josef in Ägypten“ gelösten Eintrittskarten haben nur zu der sehr eingeschränkten Vorstellung von „Rigoletto“ Gültigkeit und sind, wenn sie dafür nicht benutzt werden wollen, alsbald zurückzugeben.

Letzte Nachrichten.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Die Berliner Morgenblätter melden aus Duisburg: Unter den Arbeitern im Ruhrgebiet drohen Anzeichen auszubrechen, da die Werke nicht mehr auslösen können. Der Vollzugsrat versucht Protesten einzurichten. Die Zahlungsmittel der Aufsichtsbüros werden aber immer knapper. Die Frontkämpfer sind schon ungeduldig geworden, weil ihnen vorgeworfen und geteilt nur der halbe Sold ausbezahlt worden ist. Die scheidenden Beamten von Duisburg sind wegen der Gefangenhaltung des Oberbürgermeisters und des Stadtkommissars in den Aufstand getreten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt aus Düsseldorf: Nachdem die Stadtverwaltung eben erst für die Sicherheitswoche des Vollzugsrates 185 000 M entrichtet hatte, verlangt ein Trupp seiner bewaffneten eine neue Summe von 200 000 M. Die Stadtverwaltung mußte unter dem Druck der bewaffneten Menge 100 000 M dem Vollzugsrat überlassen.

Sine erste Regierungskrise in Dänemark.

„Der Staatsstreich des Königs“.

Kopenhagen, 30. März. Das Gesamtministerium ist zurückgetreten. Über die Demission des Kabinetts wird gemeldet, daß der König nach einer längeren Besprechung mit Ministerpräsident Zable über die norddeutsche Politik die Regierung aufforderte, ihre Absichtsbekundung einzuziehen. Zable lehnte dies ab. Darauf erteilte der König Zable den Abschied und beauftragte den Führer der Linkspartei Neergaard mit der Regierungsbildung. Neergaard erklärte sich jedoch aufständisch und auftrag auszuführen. Darauf hat der König die ehemalige Regierung, die Geschäfte provisorisch weiterzuführen, was aber Zable ablehnte. Die Regierungsparteien sind telegraphisch nach Kopenhagen für morgen zu einer Sitzung einberufen worden. Das Blatt „Sozialdemokraten“ nimmt in einer Sonderausgabe gegen den Staatsstreich des Königs Stellung.

Kopenhagen, 30. März. (283.) Die Sozialdemokraten haben dem König ein Ultimatum gestellt, das der König ablehnte. Die sozialdemokratische Partei hat daraufhin den Generalfreilich für morgen früh proklamiert. Sie geben ein eigenes Kabinett zu bilden und den König sowie das Kabinett, das in seinem Auftrag gebildet wird, zum Rücktritt aufzufordern.

Kopenhagen, 30. März. Auf das Ultimatum der Vereinigten Gewerkschaften und anderer Organisationen hat der König geantwortet, daß er auf seiner gestern abend der Delegation gegebenen Antwort beharre, nach der er nicht der Ansicht ist, einen Staatsstreich begangen zu haben. Er wünsche die Abhaltung von Neuwahlen und die Bildung eines Ministeriums, in Uebereinstimmung mit dem neuen Koalitionsvertrag. Der König leh heute mittag den bisherigen sozialistischen Arbeitsminister Stauning zu sich kommen und hatte mit ihm eine Unterredung über die Lage. Morgen vormittag werden die Gewerkschaften eine Generalversammlung abhalten, um über die Durchführung des Generalfreilichs zu beraten. Für heute abend 6 Uhr war von der sozialistischen Partei eine Protestversammlung unter freiem Himmel einberufen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Panem nostrum. Sie haben recht, der Arbeiter im „Bad. Beobachter“ unterstellt dem Gen. Stenz Dinge, die dieser wirklich nicht hat sagen wollen. Mit „Religionsfeindschaft“, „Kulturkampf“ usw. hat die Erzählung doch ganz und gar nichts zu tun; der „Bad. Beobachter“ kennt uns nach der Richtung viel gut, als daß der derartiges von uns annehmen könnte. Von einer weiteren Polemik wollen wir deshalb auch absehen. G. Sch., Hauptwerkstätte. Ohne Namensunterschrift kann eine Aufnahme nicht erfolgen. Lediglich glauben wir die Sache genügend behandelt zu haben. E. M., Ordnung. Wir überlassen die Entscheidung euch, Druck E.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenkatalog Gustav Krüger sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Deutscher Arbeiterfängerbund, Gau Baden.) Unseren Bezirksvereinen zur nachmaligen Bekanntgabe, daß die fällige Sängersitzung im „Auerhahn“ zum Abholen bereit liegt. 2677 Die Bezirksleitung. Volkschor Karlsruhe West. Morgen, Gründonnerstag regelmäßige Singstunde. Vollzähliges Erscheinen notwendig. 2676 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Schneifel 115, gef. 10; Rehl 24, gef. 1; Rarau 994, gef. 1 Zentimeter.

Seite 4.

Am 19. März im „Königer“ statt. Einberufen war die... Die Bankbeamtenversammlung... Die Bankbeamtenversammlung...

Am 19. März im „Königer“ statt. Einberufen war die... Die Bankbeamtenversammlung... Die Bankbeamtenversammlung...

Sportwagen, gut erhalten, derzeitig zu verkaufen. Ertrag bei Ernst Dausch, Wilhelmstr. 33, 3. St. 201

Damenaschen, Sporttaschen, Reisetaschen, Schultaschen, Schulranzen, Rucksäcke. feine Lederwaren sowie Kräfte in Kunstleder u. Segeltuch. Kofferhaus, Gellsh. Rämle, 51 Kronenstr. 51.

Ziege zu verkaufen. Veierheim, Dreifeldstr. 151. Eine tüchtige 3557

Hasenstall, stillig, gut erhalten, billig zu verkaufen. Gartenstadt, Ahrenweg 22.

Stofflager L. Brotz, Marienstr. 18, Tel. 3950. Grosses Lager! Billige Preise! Sonderangebot ca. 250 Meter Herren-Stoffe in vier versch. Farben 140 cm breit auch für Damen Kostüme geeignet starke Qualität Mk. 90.— per Meter

Wohnungstausch! 3 Zimmer mit Küche, Gas, Wasser in Mühlburg tauscht gegen solche in Südstadt. Gef. Angebote unter Nr. 2668 an das Volksfreundbüro.

Urania-Schreibmaschine preiswert zu verkaufen. E. Wegner, Kronenstr. 10.

Sportwagen, gut erhalten, derzeitig zu verkaufen. Ertrag bei Ernst Dausch, Wilhelmstr. 33, 3. St. 201

Damenaschen, Sporttaschen, Reisetaschen, Schultaschen, Schulranzen, Rucksäcke. feine Lederwaren sowie Kräfte in Kunstleder u. Segeltuch. Kofferhaus, Gellsh. Rämle, 51 Kronenstr. 51.

Ziege zu verkaufen. Veierheim, Dreifeldstr. 151. Eine tüchtige 3557

Hasenstall, stillig, gut erhalten, billig zu verkaufen. Gartenstadt, Ahrenweg 22.

Stofflager L. Brotz, Marienstr. 18, Tel. 3950. Grosses Lager! Billige Preise! Sonderangebot ca. 250 Meter Herren-Stoffe in vier versch. Farben 140 cm breit auch für Damen Kostüme geeignet starke Qualität Mk. 90.— per Meter

Wohnungstausch! 3 Zimmer mit Küche, Gas, Wasser in Mühlburg tauscht gegen solche in Südstadt. Gef. Angebote unter Nr. 2668 an das Volksfreundbüro.

Urania-Schreibmaschine preiswert zu verkaufen. E. Wegner, Kronenstr. 10.

Sportwagen, gut erhalten, derzeitig zu verkaufen. Ertrag bei Ernst Dausch, Wilhelmstr. 33, 3. St. 201

Damenaschen, Sporttaschen, Reisetaschen, Schultaschen, Schulranzen, Rucksäcke. feine Lederwaren sowie Kräfte in Kunstleder u. Segeltuch. Kofferhaus, Gellsh. Rämle, 51 Kronenstr. 51.

Ziege zu verkaufen. Veierheim, Dreifeldstr. 151. Eine tüchtige 3557

Hasenstall, stillig, gut erhalten, billig zu verkaufen. Gartenstadt, Ahrenweg 22.

Stofflager L. Brotz, Marienstr. 18, Tel. 3950. Grosses Lager! Billige Preise! Sonderangebot ca. 250 Meter Herren-Stoffe in vier versch. Farben 140 cm breit auch für Damen Kostüme geeignet starke Qualität Mk. 90.— per Meter

Wohnungstausch! 3 Zimmer mit Küche, Gas, Wasser in Mühlburg tauscht gegen solche in Südstadt. Gef. Angebote unter Nr. 2668 an das Volksfreundbüro.

Urania-Schreibmaschine preiswert zu verkaufen. E. Wegner, Kronenstr. 10.

Sportwagen, gut erhalten, derzeitig zu verkaufen. Ertrag bei Ernst Dausch, Wilhelmstr. 33, 3. St. 201

Damenaschen, Sporttaschen, Reisetaschen, Schultaschen, Schulranzen, Rucksäcke. feine Lederwaren sowie Kräfte in Kunstleder u. Segeltuch. Kofferhaus, Gellsh. Rämle, 51 Kronenstr. 51.

Ziege zu verkaufen. Veierheim, Dreifeldstr. 151. Eine tüchtige 3557

Hasenstall, stillig, gut erhalten, billig zu verkaufen. Gartenstadt, Ahrenweg 22.

Stofflager L. Brotz, Marienstr. 18, Tel. 3950. Grosses Lager! Billige Preise! Sonderangebot ca. 250 Meter Herren-Stoffe in vier versch. Farben 140 cm breit auch für Damen Kostüme geeignet starke Qualität Mk. 90.— per Meter

Wohnungstausch! 3 Zimmer mit Küche, Gas, Wasser in Mühlburg tauscht gegen solche in Südstadt. Gef. Angebote unter Nr. 2668 an das Volksfreundbüro.

Urania-Schreibmaschine preiswert zu verkaufen. E. Wegner, Kronenstr. 10.

Sportwagen, gut erhalten, derzeitig zu verkaufen. Ertrag bei Ernst Dausch, Wilhelmstr. 33, 3. St. 201

Damenaschen, Sporttaschen, Reisetaschen, Schultaschen, Schulranzen, Rucksäcke. feine Lederwaren sowie Kräfte in Kunstleder u. Segeltuch. Kofferhaus, Gellsh. Rämle, 51 Kronenstr. 51.

Ziege zu verkaufen. Veierheim, Dreifeldstr. 151. Eine tüchtige 3557

Hasenstall, stillig, gut erhalten, billig zu verkaufen. Gartenstadt, Ahrenweg 22.

Stofflager L. Brotz, Marienstr. 18, Tel. 3950. Grosses Lager! Billige Preise! Sonderangebot ca. 250 Meter Herren-Stoffe in vier versch. Farben 140 cm breit auch für Damen Kostüme geeignet starke Qualität Mk. 90.— per Meter

Wohnungstausch! 3 Zimmer mit Küche, Gas, Wasser in Mühlburg tauscht gegen solche in Südstadt. Gef. Angebote unter Nr. 2668 an das Volksfreundbüro.

Urania-Schreibmaschine preiswert zu verkaufen. E. Wegner, Kronenstr. 10.

